

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter

betreffend Aufstockung des Personalstandes bei der Exekutive

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag, DA 309 A/(E), betreffend strikte Anwendung der Rechtsordnung zur Unterbindung der fortschreitenden Islamisierung und der damit verbundenen Terrorgefahr, anstatt Errichtung eines Polizei- und Überwachungsstaates in der 31. Sitzung des Nationalrates am 27. September 2007.

Österreich hat ein Sicherheitsproblem. Die Kriminalität steigt, die Anzahl der Exekutivbeamten sinkt.

Eine wichtige Aufgabe jedes Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Aber was tut man, wenn die Politik sich anders entschieden hat? Wenn Einsparungen wichtiger, das Auftreten im Ausland maßgeblicher und gewaltige Ausgaben im Rahmen der Europäischen Union fundamental von größerer Bedeutung sind? Die Wirkungen sind, so wie man das in der Finanzwelt gerne zum Ausdruck bringt, nachhaltig.

Alleine die Kriminalstatistik der Monate Jänner bis August 2007 ist leider beeindruckend. Bis August 2007 konnten 397.733 angezeigte Fälle, das sind um 3,1 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2006, registriert werden. Die Aufklärungsquote ist dafür gesunken.

Betrachtet man die Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre so erkennt man gleich einen enormen Kriminalitätsanstieg. Für das Jahre 1998, das Jahr seit dem Österreich das Schengener Abkommen anwendet, kann man der Kriminalstatistik 479.859 angezeigte Fälle entnehmen. Im Jahre 2000 waren es ca. 520.000, im Jahre 2002 über 590.000, im Jahre 2004 mehr als 643.000 und 2006 wieder fast 590.000 angezeigte Fälle. Die Anzahl der fremden Tatverdächtigen im Verhältnis zur Gesamtsumme der Tatverdächtigen wächst nach wie vor stetig. Organisierte Kriminalität aus dem Osten treiben ungeniert ihr Unwesen in Österreich.

Die Haftanstalten sind überfüllt. Seit dem Jahr 2004 gibt es in Österreich mehr Häftlinge als Haftplätze. Für 8.639 Angehaltene gab es im Vorjahr und 8.612 Haftplätze. Das waren um 25,9 Prozent mehr Häftlinge als im Jahr 2000. Mit 1. Jänner 2007 befanden sich über 3.600 Ausländer in Haft, das sind ca. 42 Prozent.

Selbstverständlich ist die Exekutive grundsätzlich bereit, die Sicherheit der Österreicher zu gewährleisten. Doch sind die Rahmenvorgaben der Politik ein nicht unwesentliches Mosaiksteinchen für ein funktionierendes Gesamtbild. Die letzte Regierung hat alles dazu beigetragen, die Sicherheitskräfte personell und materiell auszuhungern. Aufgrund der zahlreichen Kürzungen, mussten die Beamten unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen extrem lang Dienst versehen.

In Hinblick auf eine drohende Schengenerweiterung, es sollen nun die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern, Malta, und die drei baltischen Staaten, neue Schengen-Staaten werden, und der zur Zeit schon ohne Schengen-Erweiterung bestehenden Probleme mit den bereits vorhandenen Schengen-Staaten, vor allem in Bezug auf importierte Kriminalität und rechtswidrige Einreise, sowie die bevorstehenden Ausrichtung der Europameisterschaft 2008, ist es unabdingbar, unser Exekutive aufzustocken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, schnellst möglich, zum Schutze unserer Bürger, die Anzahl der Planstellen für die österreichische Exekutive durch Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts drastisch zu erhöhen.“

Prof. Dr. Ing. habil. Gert
Vogelmann

Wien am
27. SEP. 2007